



Vor der entscheidenden Abstimmung im Bundestag gab es auch in unserer Region Demonstrationen der sogenannten Pinkwesten: Die Interessenvertretung der Direktversicherungsgeschädigten sieht den neuen Freibetrag nur als „Schnapsglas“. Sie wollen weitermachen, bis die doppelten Krankenkassenbeiträge von 2004 wieder abgeschafft sind. Foto: NQ-Archiv

Altersvorsorge: Protest gegen doppelten Krankenkassenbeitrag

Soziales Auch mit dem Freibetrag sehen CDU-Sozialausschüsse große Ungerechtigkeit: „Doppelverbeitragung sollte ersatzlos gestrichen werden“. Direktversicherungsgeschädigte wollen weiter kämpfen. *Von Berthold Merkle*

Einerseits eine gute Nachricht: Gestern hat der Bundestag beschlossen, dass für Betriebsrenten erst ab 159,25 Euro im Monat die Beiträge zur Krankenkasse fällig sind. Damit werden viele Pensionäre entlastet. Doch das grundsätzliche Ärgernis bleibt für die Bezieher von betrieblicher Altersversorgung: Für alles, was über dem neuen Freibetrag liegt, müssen sie aus eigener Tasche den vollen Beitragssatz der Krankenkasse zahlen – also den Anteil als Arbeitnehmer und den des Arbeitgebers.

Unter dem Stichwort Doppelverbeitragung kämpft der Verein der Direktversicherungsgeschädigten (DVG) gegen diese Regelung, mit der 2004 die damalige Schröder-Regierung das Milliardendefizit bei den Krankenkassen ausgleichen wollte. Mit ernsthaften Konsequenzen für viele Bürger, die mit den Kapitallebensversicherungen ihre Rente aufbessern wollten. Diese Bürger sind die zweite große Gruppe der insgesamt 20 Millio-

nen Betroffenen, die zumeist eine „echte“ Betriebsrente beziehen.

„Ohne Vertrauensschutz“

„Der Gesetzgeber hat ohne Bestands- und Vertrauensschutz und ohne Übergangsregelung in bestehende private Altersvorsorgeverträge eingegriffen mit fatalen Spätfolgen“, schildert Bernhard Seeburger vom Verein der Direktversicherungsgeschädigten (DVG) das 15 Jahre alte Problem. Der DVG-Vertreter hält das damaligen Handeln der Rot-Grünen Regierung unter Mithilfe von CDU/CSU (vor allem Horst Seehofer) für einen unglaublichen Vertrauensbruch: „Bei etwa sieben Millionen Direktversicherten mit rund acht Millionen Verträgen geht es hier um einen Teil ihrer selbst finanzierten Altersversorgung, da sie seit den 1980er-Jahren dem Ratsschlag der Politik gefolgt sind, ein zweites Standbein neben der Rente aufzubauen und eine Direktversicherung abgeschlossen haben.“ Seeburger macht darauf aufmerksam, dass „die Beiträge

von den Arbeitnehmern meist voll aus ihrem Gehalt bezahlt und sie davon auch schon die Krankenkassenbeiträge entrichtet haben“.

„Ein Schnapsglas voll“

Die gestern vom Bundestag beschlossene neue Freibetragsregelung ist daher für den DVG „nur ein kleiner Teilerfolg – ein Schnapsglas voll“. Zwar würden die Bezieher kleiner Betriebsrenten deutlich entlastet, doch für diejenigen, die zum Eintritt in den Ruhestand ihre Direktversicherung ausbezahlt bekommen, sind die Vorteile nur minimal.

Ein Rechenbeispiel

Ein Rechenbeispiel zeigt, wie wenig sich die Freigrenze bei einer Auszahlung von beispielsweise 100 000 Euro auswirkt. Die Summe wird so behandelt, als ob sie zehn Jahre lang als Monatsrente ausbezahlt wird. Damit sind für 120 Monate Beiträge an die Kranken- und Pflegeversicherung abzuführen. Bei dieser sogenannten gedanklichen Auszahlung von 100 000 Euro auf zehn Jahre wären das pro Monat 833 Euro. Davon sind dann nach der neuen Regelung 159,25 Euro betragsfrei, sodass auf 673 Euro Krankenkassenbeitrag und Pflegeversicherung bezahlt werden müssen: das macht 126,70 Euro im Monat, 15 200 Euro hochgerechnet auf zehn Jahre. Von den 100 000 Euro bleiben damit für den Pensionär nur noch 84 800 Euro übrig. Mögliche Steuerzahlungen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Für Bernhard Seeburger und den DVG ist daher klar: „Wir machen weiter.“

Schützenhilfe bekommen die Direktversicherungsgeschädig-

ten jetzt vom Arbeitnehmerflügel der CDU, der in den CDU-Sozialausschüssen, der CDA, organisiert ist. „Die Doppelverbeitragung ist eine große Ungerechtigkeit und sollte ersatzlos gestrichen werden“, sagt CDA-Kreisvorsitzender Gottfried Schmidt. Gleicher Meinung ist in diesem Punkt auch Christian Bäumler, der CDA-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende. Schmidt begrüßt den Freibetrag zwar als Schritt in die richtige Richtung

„Die Beiträge wurden von den Arbeitnehmern meist voll aus ihrem Gehalt bezahlt.“

und freut sich auch darüber, doch gehe es mit der Entlastung nicht weit genug. „Vorsorge soll sich lohnen“, erklärt Gottfried Schmidt. Für die CDA sei es „ganz wichtig, dass diejenigen, die für das Alter vorsorgen, nicht die Gelackmeierten sind.“ In einem Schreiben an den CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei will der CDA-Kreisvorsitzenden seine Haltung in Sachen Doppelverbeitragung deutlich machen und sich für Nachbesserungen einsetzen.

Frei: „deutlich entlastet“

In einer Stellungnahme begrüßt CDU-Bundestagsabgeordneter Frei den gestrigen Beschluss. Denn damit würden Betriebsrentner bei den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung deutlich entlastet. Auch Frei hält private Altersvorsorge „heute

wichtiger denn je“. Dagegen habe die bisherige Regelung (von SPD und Grünen) „alle unsere Bemühungen zur breiteren Etablierung der betrieblichen Altersvorsorge als Teil der privaten Altersvorsorge konterkariert“, erklärt Frei. Jetzt würden 60 Prozent der betroffenen Betriebsrentner maximal die Hälfte des Krankenversicherungsbeitrags leisten. Die Freigrenze komme aber auch den übrigen 40 Prozent der Betriebsrentner zugute, deren Bezüge darüber liegen.

Meist unter 300 Euro

Diese Zahlen bestätigt auch die Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung (AbA). Nach Angaben von AbA-Geschäftsführer Klaus Stieffermann liegt der Durchschnitt bei Betriebsrenten unter 300 Euro. Vor allem Frauen seien Bezieher der kleinen Rente über ihre ehemaligen Arbeitgeber. Die AbA hält daher die neue Regelung für eine gute Sache – mit Schwachstellen vor allem für Bezieher höherer Einkommen: Wer über der Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 56 250 Euro im Jahr liegt, der profitiert überhaupt nicht vom Freibetrag. Darauf hat Stieffermann in der Expertenanhörung in Berlin hingewiesen. An eine Nachbesserung des Beschlusses der Großen Koalition den Betriebsrenten und Direktversicherungen glaubt der Experte allerdings nicht: „Die sind doch froh, dass sie die Sache hinter sich gebracht haben.“ Aber die Direktversicherungsgeschädigten und CDA-Kreisvorsitzender Gottfried Schmidt wollen so leicht nicht aufgeben: Sie kämpfen weiter gegen die „Sabotage der Altersvorsorge“.

Zwei Mal grünes Licht für die VHS

Bildung Sowohl am Standort Schwenningen als auch in Villingen tut sich etwas in Sachen Volkshochschule.

Villingen-Schwenningen. Ina Schweizer, Leiterin der Volkshochschule Villingen-Schwenningen, konnte sich in der jüngsten Sitzung des Gemeinderates gleich doppelt freuen: Sowohl für den Standort in Schwenningen als auch für den in Villingen hat das Gremium richtungsweisende Beschlüsse gefasst.

Für Schwenningen hat der Gemeinderat einstimmig die Einstellung von Planungsmitteln in Höhe von 80 000 Euro beschlossen, um die hiesige Volkshochschule in der Metzgergasse künftig allen Nutzergruppen barrierefrei nutzbar zu machen und auch die oberen Geschosse einzubeziehen (wir berichteten ausführlich). Siegfried Heinzmann (SPD) freute sich ebenfalls: „Endlich tut sich etwas. Es war wirklich höchste Zeit“, meinte der Schwenninger erleichtert. Nachdem nun der Planungsauftrag erteilt ist, soll es nächstes Jahr erste Zahlen geben.

Ehemalige Ecole wird gekauft

In Villingen soll die Volkshochschule künftig in der früheren französischen Schule untergebracht werden. Der Gemeinderat hat mehrheitlich beschlossen, dieses ehemalige Schulgebäude zu diesem Zweck von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu kaufen. Katharina Hirt (CDU) fand, dass es gute Argumente dafür gebe: Der neu angebaute Standort ermögliche Barrierefreiheit, eine Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr sei möglich, Parkplätze seien vorhanden und der ganze Stadtteil könne durch die Ansiedlung eine Aufwertung erfahren. Joachim von Mirbach (Grüne) lobte das Vorhaben ebenfalls, erinnerte aber an die Prämisse, dass das bisherige Gebäude an der Kanzleigasse dann für die „dringend notwendige Erweiterung der Stadtbibliothek“ genutzt werden solle. dsc

Außenanlage wird gebaut

Schwenningen. Die Friedensschule in Schwenningen erhält ihr neues Außengelände, um dem Ganztagsbetrieb gerecht werden zu können. Das hat der Gemeinderat einstimmig so beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, die zur Umsetzung notwendigen Haushaltsmittel für das Jahr 2020 im städtischen Finanzhaushalt anzumelden. Die Verwaltung wurde mit der Weiterführung des Projektes, mit der Ausführungsplanung, Ausschreibung und Vorbereitung der Vergaben und der Bauausführung beauftragt. dsc



CDA-Kreisvorsitzender Gottfried Schmidt (rechts) fordert die Abschaffung der Doppelverbeitragung und bekommt dabei Unterstützung vom CDA-Landesvorsitzenden Christian Bäumler (links).

Veranstaltung Heute eröffnet der Markt

Schwenningen. Bürgermeister Detlev Bührer eröffnet heute das Hüttendorf des Schwenninger Weihnachtsmarktes offiziell um 18 Uhr. Pfarrer Klaus Götz spricht Worte zum Advent. Das Bläserensemble des Jugendblasorchesters der Stadtmusik Schwenningen begleitet den offiziellen Part musikalisch. Der Markt läuft bis Sonntag, 22. Dezember, und hat täglich von elf bis 21 Uhr geöffnet. eb

Startschuss für Hochschul-Kita

Villingen-Schwenningen. Der Gemeinderat hat einstimmig die Verwaltung beauftragt, die Erweiterung der Kindertagesstätte auf dem Campus der Hochschule für Polizei voranzutreiben. Präsident Martin Schatz und weitere Vertreterinnen und Vertreter der Hochschule waren bei der entscheidenden Ratssitzung als Zuhörer mit dabei. Ihre Freude über die Entscheidung, die Betreuungseinrichtung um- und teilweise neu zu bauen, war spürbar groß. „Die Hochschule ist sehr dankbar, hier immer wieder auf die breite Unterstützung der

Stadt bauen zu können“, so Martin Schatz. Im aktuellen Fall investiert VS 3,9 Millionen Euro. Im Gegenzug stellen Land und Hochschule das bestehende Gebäude, in dem die bisherige Kindertagesstätte untergebracht ist, einen weiteren Lehrsaal und das Grundstück für den Neubau zur Verfügung. Der Bedarf für Kinderbetreuung für Beschäftigte und Studierende wächst kontinuierlich und auch die Stadt hat Bedarf an weiteren Betreuungspätzen. Die Hochschul-Kita kann auch hierfür genutzt werden. dsc/eb



Große Freude herrscht in der Hochschule für Polizei: Der Um- und Teilneubau der Kindertagesstätte auf dem Campus ist beschlossene Sache. Foto: Privat

Vom Tage

In der Lieblingshandtasche lässt sich alles Wichtige mittragen. Außerdem sieht sie gut aus und erfreut so die Besitzerin immer wieder aufs Neue. Einziges Problem: In den Untiefen des Beutels ist es sehr schwer, mit einem Handgriff das herauszufischen, was frau gerade benötigt. Jetzt erlebte die Handtaschenfreundin aber etwas Tröstliches. Auf dem Weg ins Parkhaus war sie nicht die einzige, die nach ihrem Schlüssel kramte – einer Leidensgenossin ging's genauso. Am Ende wurden beide Frauen dann aber doch noch fündig.